

Nachbeten mit Folgen

Vorabdruck. Auswertung des »Thüringen-Monitors 2015«: Seit auch die Linkspartei die DDR als »Unrechtsstaat« versteht, passen sich die Thüringer der herrschenden Meinung an

Ekkehard Lieberam

Das vor 15 Jahren begonnene Forschungsprojekt »Politische Kultur im Freistaat Thüringen«, kurz »Thüringen-Monitor«, hat zum Ziel, jährlich auf der Grundlage von Befragungen eine Studie zu den politischen Einstellungen der Einwohner des Bundeslandes vorzulegen. Von Jahr zu Jahr ändert sich der Forschungsschwerpunkt. 2015 lautet er: »Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit«. Seine Ergebnisse wurden am 24. November in Erfurt vorgestellt.

Die Studie wurde mit Spannung erwartet, weil der Ministerpräsident Bodo Ramelow und damit die Landesregierung und die -partei Die Linke eine Kampagne zur DDR als Unrechtsstaat geführt hatten. Es stellte sich die Frage, ob die Menschen in Thüringen tatsächlich die DDR so als »Willkürstaat« in Erinnerung haben, wie es die Präambel des Koalitionsvertrags von Linkspartei, SPD und Grünen unterstellt: »jedes Recht und jede Gerechtigkeit (konnte) ein Ende haben, wenn einer der kleinen und großen Mächtigen es so wollte«. Zum anderen war von Interesse, ob die Beschimpfung der DDR als »Unrechtsstaat« nun auch seitens maßgebender Politiker der Partei Die Linke die Akzeptanz dieses politischen Kampfbegriffs der Herrschenden im Alltagsdenken stärkt. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Menschen in Thüringen haben die DDR anders in Erinnerung. Dennoch zeigt die massive Verunglimpfung der DDR nun auch durch Politiker der Linkspartei Wirkung.

In die aktuelle Studie wurden zwischen dem 8. und 27. Juni 1.010 Personen einbezogen. Die hier vorliegende Arbeit vergleicht diese Daten mit den Ergebnissen des »Thüringen-Monitors 2005«, der einen ähnlichen Schwerpunkt hatte, und mit Ergebnissen weiterer

Befragungen. Zu begrüßen ist die gegenüber ähnlichen Erhebungen genauere Fragestellung und die Unterscheidung zwischen der sogenannten Erlebnisgeneration (bis Jahrgang 1975) und der Nichterlebnisgeneration (ab Jahrgang 1976). Bedauerlich ist, dass einige Fragen zur DDR aus vorangegangenen Studien – so die zur Rechtssicherheit in beiden deutschen Staaten im »Thüringen-Monitor 2000« – nicht wieder gestellt wurden. In Sachen »Unrechtsstaat« konnte auf die Befragungen in den Jahren 2006 und 2014 Bezug genommen werden. Problematisch ist, dass bei der Erlebnisgeneration augenscheinlich die ab 1990 zugezogenen Westdeutschen nicht aus der Liste der Befragten »aussortiert« worden sind – immerhin landesweit rund 300.000 Menschen bei nicht einmal 2,2 Millionen Einwohnern.

Erlebnisgeneration deutlich positiver

Die Verfasser der aktuellen Studie bedauern die »verbreitete DDR-Nostalgie und retroperspektive Sozialismusaffinität« (S. 32). Aber auch für sie ist unverkennbar, dass deutliche Mehrheiten eine positive Einstellung zur DDR haben: Von allen Befragten äußerten sich 2015 63 Prozent, von denen der Erlebnisgeneration 67 Prozent, zur Frage nach ihrer »heutigen Einstellung zur DDR« positiv. 2005 waren es weniger (siehe Grafik 1). Auch wenn die Fragestellung ein wenig geändert wird, ergibt sich ein ähnliches Bild.

Mit dem Sozialismus, »so wie er in der DDR bestanden hat«, waren 2015 demnach 43 Prozent aller Befragten zufrieden und 27 Prozent unzufrieden. Allein die Erlebnisgeneration berücksichtigt, ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 2005 waren 62 Prozent zufrieden (sieben Prozent sehr zufrieden, 55 ziemlich zufrieden). Heute sind es 61 Prozent (sieben sehr zufrieden, 54 ziemlich zufrieden).

Der Aussage »Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde«, stimmen in diesem Jahr 68 Prozent der Erlebnisgeneration und 59 Prozent der Nichterlebnisgeneration zu. Im »Thüringen-Monitor 2005« sind dazu keine Angaben zu finden.

Durchgehend seit 2011 wurde die Meinung zu der Aussage abgefragt: »Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten«. Hier gibt es ein Auf und Ab der Meinungen. Zustimmend äußerte sich in diesem Jahr die Hälfte aller Befragten. 2014 waren es 44 und 2005 dagegen 58 Prozent (siehe Grafik 2).

Eine »Rückkehr zur sozialistischen Ordnung« befürworten in diesem Jahr 21 Prozent der Erlebnisgeneration, erstaunlicherweise sogar 31 Prozent derjenigen, die seit 1976 geboren sind. Nimmt man hier die 25- bis 34jährigen extra, dann stimmt sogar 41 Prozent zu.

Eine vergleichende Bewertung von »Bundesrepublik und DDR« auf einer Skala von -5 bis

+5 wie beim »Thüringen Monitor 2005« gab es diesmal nicht. Damals schnitt die Bundesrepublik mit 53 Prozent der Befragten, die sie positiver als die DDR beurteilten, etwas besser ab. Dementsprechend beurteilten 47 Prozent die DDR als »etwa gleich« (17 Prozent) oder als positiver im Vergleich mit der Bundesrepublik (30 Prozent).

Zum Willkürstaatsvorwurf

Bodo Ramelow hatte auf dem Weg zum Thüringer Ministerpräsidenten den Willkürstaatsvorwurf des Koalitionsvertrags gegenüber der DDR auf einer Diskussion des DGB in Marburg mit den Worten verschärft: »(...) jedes kleine oder größere Arschloch im DDR-Apparat konnte in das Leben der anderen eingreifen«. So wurde er in der *Thüringer Allgemeinen Zeitung* vom 17.11.2014 zitiert. Wie realitätsnah oder realitätsfern ist dieses Urteil? (siehe Grafik 3)

77 Prozent der Befragten der Erlebnisgeneration gaben im Frühsommer 2015 an, »von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR« persönlich nicht betroffen gewesen zu sein. 23 Prozent verwiesen auf eine »Betroffenheit«. Ergänzend wurde noch nach der von »Familienangehörigen« oder von »Freunden und Bekannten« gefragt, dies bejahten 32 bzw. 34 Prozent. Die Beispiele, die dafür gegeben werden, haben wenig mit Willkürhandlungen von Menschen »im DDR-Apparat« zu tun, auch nicht etwa mit strafrechtlicher Verfolgung. Es sind vor allem »Kontaktverbote zu Westverwandten«, »Zwangsmitgliedschaft in Massenorganisationen« und »Benachteiligung an Schulen«, wie es auf Seite 40 f. der Studie heißt.

Interessant sind die Antworten auf die Frage, wie und ob die Bürger in beiden deutschen Staaten zu ihrem Recht kommen konnten. Auskunft darüber geben die Ergebnisse einer Umfrage des »Thüringen-Monitor 2000«, im speziellen die Tabelle A 4 auf S. 6. In der Umfrage von 2015 wurde diese Frage leider nicht mehr gestellt. 15 Jahre zuvor antworteten auf die Frage, ob es gegenüber 1990 in der DDR mit der »Rechtssicherheit« besser oder schlechter bestellt gewesen sei, ganze 24 Prozent, es sei besser als in der DDR geworden. 46 Prozent schätzten ein, es sei in der Bundesrepublik »schlechter« geworden, und 23 Prozent meinten, es wäre »genauso«.

»Unrechtsstaat«: Mehr Zustimmung

Im Verlauf der 90er Jahre setzte sich in den Kampagnen der Regierenden zur Delegitimierung der DDR das Wort »Unrechtsstaat« gegenüber dem Diktaturbegriff durch. Bereits in Artikel 17 des Einigungsvertrags von 1990 war von den Opfern des »SED-Unrechtsregimes« die Rede. Mit der Bezeichnung »Unrechtsstaat« wird die DDR zu einem »Synonym für Unrecht«, heißt es im »Thüringen-Monitor 2015« auf der Seite 38. Wer sich

auf diesen Begriff einlässt, akzeptiert die Verurteilung der DDR als das politisch Böse schlechthin. Zu einer differenzierten und gerechten Beurteilung, wie sie im Denken der Thüringer über die DDR zu erkennen ist, ist er nicht mehr in der Lage. Und der Unterordnungsdruck erhöht sich noch, wenn der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Roland Jahn, in *Welt online* vom 8. Oktober 2014 sagt: »Wer den Begriff ablehnt, verhöhnt die SED-Opfer«. In der »Gemeinschaft der Demokraten« hat er nach Jahn offenbar nichts mehr zu suchen.

Gewillt, Ministerpräsident von Thüringen zu werden, hatte Bodo Ramelow augenscheinlich ein Gespür für diese Situation. Er zögerte keinen Augenblick, diesen Begriff bereits zu Beginn der Verhandlungen zur Bildung einer Landesregierung zu akzeptieren. Er ließ ihn auch in die Präambel des Koalitionsvertrags hineinschreiben: Ausgehend von ihrem Willkürcharakter sei die DDR »in der Konsequenz ein Unrechtsstaat« gewesen.

Bodo Ramelows Schritt, egal ob motiviert durch persönliche Karriereinteressen oder politische Aversion gegen die DDR, hatte verheerende Folgen. Die Partei Die Linke insgesamt – nicht nur in Thüringen – nahm mehrheitlich Abschied von einem ihrer wichtigsten Alleinstellungsmerkmale: dem einer ausgewogenen Bewertung der DDR als Sozialismusversuch unter komplizierten Bedingungen. Die entscheidende ideologische Keule zur Diffamierung der DDR konnte von nun an auch unter Berufung auf die Autorität von deren bisherigen Verteidigern geschwungen werden.

Befragungen in den ostdeutschen Ländern zur Akzeptanz des Begriffs »Unrechtsstaat« für die DDR im Jahre 2014 ergeben Zahlen zwischen 30 Prozent (Emnid-Umfrage vom 6.10.2014) und 46 Prozent (Zentrum für Sozialforschung Halle vom Herbst 2014). Nach dem »Thüringen-Monitor 2014« stimmten Mitte des vorigen Jahres 52 Prozent aller Befragten im Bundesland der Aussage zu, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, 45 Prozent lehnten ab. 2015 unterstützten 58 Prozent dieses Verdikt, während es 37 Prozent ablehnten.

Hinter der Erhöhung der Zustimmungsrates werden, wenn man die entsprechenden Tabellen aus den Publikationen von 2014 (Tabelle A 10) und von 2015 (Tabelle A 58) genauer vergleicht, und Schluderei bei der Datenerhebung ausgeschlossen wird, erstaunliche Umschichtungen sichtbar. So hatten 2014 noch 41 Prozent der Arbeiter diesem Begriff zugestimmt und 57 Prozent ihn abgelehnt. 2015 verschob sich dieses Verhältnis in Richtung 65 Prozent Zustimmung und 33 Prozent Ablehnung! Landwirte und Freiberufler, von denen sich 2014 noch 61 Prozent für die Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat ausgesprochen hatten, taten dies nunmehr nur noch zu 51 Prozent (Ablehnungsrate 33 bzw. 37 Prozent). Auch bei den über 60jährigen hat es einen deutlichen Meinungswandel gegeben. 2014 befürworteten 52 Prozent die Aussage »Die DDR war ein Unrechtsstaat«. 2015 sind es 59 Prozent (Ablehnungsrate 45 bzw. 39 Prozent).

Der Chef des Umfrageprojekts

Heinrich Best, Professor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und wissenschaftlicher Leiter des Projekts »Thüringen-Monitor«, hat offensichtlich Schwierigkeiten, die Ergebnisse seiner Untersuchungen zum Denken der Landesbürger über die DDR zu erklären. Ihn irritiert die »paradoxe Disparität (logikwidrige Ungleichheit, E. L.) positiver und negativer Erinnerungen an die Diktaturvergangenheit (also an die DDR, E. L.)« (S. 40). Er ist erfreut, 2015 »eine Zunahme kritischer Diktaturbewertung« konstatieren zu können (S. 38). Aber das ist ihm zu wenig. Er ist ungehalten darüber, dass das allgemeine positive Urteil über die DDR »nicht bzw. nicht entscheidend durch ein markant negatives Urteil der Befragten über die politische Ordnung (›Unrechtsstaat‹) beeinflusst wird« (S. 119).

Best kam 1992 von der Universität Köln nach Jena. Am gesellschaftlichen und am politischen Leben der DDR hat er nicht teilgenommen. Eigenartig ist, dass er der »Erlebnisgeneration« nun beibringen will, wie sie über ihre eigenen Erfahrungen mit der DDR zu denken hat. »Aufarbeitung« lässt er das nennen. Empfohlen wird in diesem Sinne in der Studie, das »Gedenken an die Opfer« und die »Bildungseinrichtungen« als »Wissens- und Wertevermittler« zu stärken (S. 121).

Es stellt ihn bloß, dass er hier ein Phänomen des Erinnerns und Denkens an sich ausmacht und damit so tut, als ob es sich um einen herrschaftsfreien Dialog handele. Tatsächlich geht es um die Deutungshoheit zwischen Siegern und Besiegten über die deutsche Geschichte nach 1945. Die politisch-ideologische Auseinandersetzung der in der BRD Regierenden mit einem »falschen politischen Denken« der DDR-Bürger war ein Phänomen des Kalten Krieges. In den 70er Jahren gab es dabei sogar einen Verzicht auf allzu grobe Kampfbegriffe. In der Zeit der Strategie der Umarmung der DDR sprach man relativ freundlich vom »konsultativen Autoritarismus«, so der »DDRologe« Christian Peter Ludz, von der eingeschränkten Herrschaft. Nach dem Anschluss der DDR wurde das wieder anders. Der Erlebnisgeneration, aber auch der Nichterlebnisgeneration im »Beitrittsgebiet« sollte klargemacht werden, dass sie in einem politischen System der Diktatur und des Unrechts gelebt bzw. dort ein solches geherrscht habe.

Manipulation durch Wiederholung

Schon Karl Marx und Friedrich Engels wussten, dass die herrschende Klasse die führende ideologische Macht ist. Sie »disponiert« nicht nur über die Mittel zur materiellen, sondern »zugleich über die Mittel der geistigen Produktion« (Marx-Engels-Werke, Band 3, S. 46). Aus dieser Sicht sind die Unterschiede zwischen dem überwiegend und anhaltend positiven Bild der Ostdeutschen von der DDR und der zunehmenden Akzeptanz des

Unrechtsstaatsbegriffs verständlich. Die »paradoxe Disparität« löst sich auf. Die wachsende Bereitschaft der Menschen, die DDR als Unrechtsstaat zu akzeptieren, ist ein Resultat langjähriger ideologischer Kampagnen.

Die Grundmethode dieser Manipulation im kommerziellen wie im politischen Leben ist seit Jahrzehnten bekannt. Es ist die fortwährende Wiederholung einer Botschaft. Diese »gräbt« sich dadurch in das Denken ein. Einige Psychologen meinen, dies mit der »Faulheit« des Gehirns erklären zu können. Wie auch immer. Diese Methode ermöglicht es auch, Lügen wie die vom Unrechtsstaat »akzeptabel« zu machen. Sie werden immer wieder aufs neue erzählt, von den Politikern, in den Leitmedien, in Talkshows, Interviews und in »lebensnahen« Filmen über die Unterdrückung der Menschen in der DDR durch die Staatssicherheit.

Im Frühjahr 2015 – ich sprach in Gera auf einer Versammlung des *Rotfuchs*-Fördervereins zur neuen Landesregierung unter Bodo Ramelow – brachte es ein Diskussionssteilnehmer auf den Punkt: Bekannte und Freunde hätten ihm gesagt, wenn nunmehr alle, auch die Politiker der Partei Die Linke, »das so sagen, mit der DDR und dem Unrechtsstaat, dann wird es schon so sein«.

Die erstaunliche Erhöhung der entsprechenden Prozentzahlen innerhalb eines Jahres gerade in relevanten Bevölkerungsgruppen der Arbeiter und über 60jährigen, die die Politiker der Partei Die Linke im besonderen Maße als Autorität anerkennen, legt den Schluss nahe, dass dieser Mann recht hat. Der Wechsel dieser Politiker, darunter sogar des »Landesvaters«, ins Lager der DDR-Diffamierer zeitigt Wirkung. Es bewahrheitet sich ein weiteres Mal die Einsicht von Karl Liebknecht: »Weit gefährlicher als theoretische Angriffe sind praktische Verleugnungen unserer Prinzipien«.

Der »Thüringen-Monitor« ab dem Jahr 2000 ist über folgende Internetseite einsehbar:
www.sozioogie.uni-jena.de/thueringen_monitor.html

Der Artikel erscheint in den nächsten Tagen auch im *Bulletin* der Organisation »Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog« innerhalb der Partei Die Linke. Das Heft kann für einen Euro im *jW*-Shop bestellt werden.

<http://www.jungewelt.de/2015/12-11/076.php>